

Ausgabensenkung und Konsolidierung notwendig

Teil I der Serie Staatsausgaben und Schuldenabbau

Die Staatsverschuldung Österreichs ist von 1970 bis 2016 von 18,4 % auf 84,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angewachsen, insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren sowie vor dem EU-Beitritt wurden starke Anstiege verzeichnet. Die Ausgaben zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise erhöhten die Schuldenquote um weitere 20 Prozentpunkte. Um die Verschuldung abzubauen, begrenzen fiskalpolitische Regeln das reale Ausgabenwachstum - diese Regel wird aktuell allerdings nicht eingehalten, die Staatsausgaben wachsen zu schnell.

Die Staatsverschuldung

steigt in Österreich trendmäßig seit den 1970er Jahren an. Auch Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden nicht zur Schuldenrückführung genutzt. Dies belastet die Steuerzahler/innen und schränkt den Spielraum für Strukturreformen und Fiskal- und Wirtschaftspolitik ein.

Trendmäßig steigende Verschuldung seit 1974

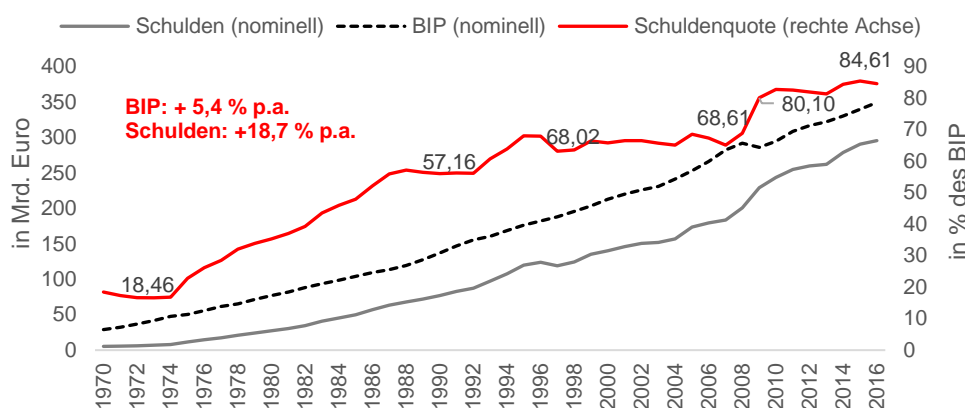
Während die Schuldenquote im Jahr 1970 lediglich 18,4 % des BIP betrug, kletterte sie seither auf rund 82,6 % (2. Quartal 2017). Das entspricht einem **jährlichen durchschnittlichen Wachstum der nominellen Verschuldung von 18,7 %** auf aktuell 295 Mrd. Euro, während das nominelle BIP relativ dazu gesehen um nur rund 5,4 % jährlich zugenommen hat (349 Mrd. Euro). Besonders starke Anstiege erfolgten ab Mitte der 1970er Jahre bis 1987 sowie in den Jahren vor dem EU-Beitritt 1995. Die **Maastricht-Grenze** einer Gesamtverschuldung von 60 % des BIP wurde 1994 erstmals überschritten und konnte seither **nicht mehr** dahin **zurückgeführt** werden.

Der Höchststand der Schuldenquote wurde 2015 erreicht:

85,6 %

BIP, Verschuldung und Schuldenquote

Österreich, Entwicklung seit 1970



Quelle: Ameco, Juni 2017, eigene Berechnung und Darstellung

Die Aufwendungen zur **Stützung des heimischen Finanzsektors** im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise belaufen sich auf **10,5 bis 14 Mrd. Euro**. Im Jahr 2016 betrug der kumulierte Effekt auf das Defizit 13,8 Mrd. Euro, jener auf den Schuldenstand rund 34 Mrd. Euro. Die derzeitige Wirkung der Bankenpakete auf den Schuldenstand **überzeichnet aber die tatsächlichen Kosten**, da dem Staat neben den Schulden auch Vermögenswerte der „Bad Banks“ zugeordnet sind, ebenso wie Dividendeneinnahmen auf das Partizipationskapital (Holler & Reiss, 2017).

Dass sich in den meisten entwickelten Volkswirtschaften die **Staatsverschuldung auf einem Höchststand seit dem 2. Weltkrieg** befindet, ist aber nicht nur das Resultat der Finanz- und Wirtschaftskrise und von Fehlentwicklungen im Bankensystem, der Anstieg setzte lange davor ein und hängt meist mit strukturellen und politökonomischen Faktoren zusammen (Feld & Reuter, 2017; Hauth & Maidorn, 2017).

Die letztendlichen Kosten für die Bankenpakete betragen 10,5 bis 14 Mrd. Euro.

Gesundheit und Pensionen treiben das Ausgabenwachstum

Im Zeitraum 1995 - 2016 lagen die **Staatsausgaben** im Schnitt bei **52,1 %** des BIP, die **gesamtstaatlichen Einnahmen** aus Steuern und Abgaben beliefen sich auf **rund 49,4 %**. Dies resultiert in einem jährlichen Maastricht-Defizit von im Durchschnitt 2,7 % des BIP. 2016 betrug die Staatseinnahmen 173 Mrd. Euro (49,5 % des BIP), die Ausgaben 178 Mrd. Euro (51,1 % des BIP), was ein Defizit von 5,4 Mrd. Euro ergibt (1,6 %).

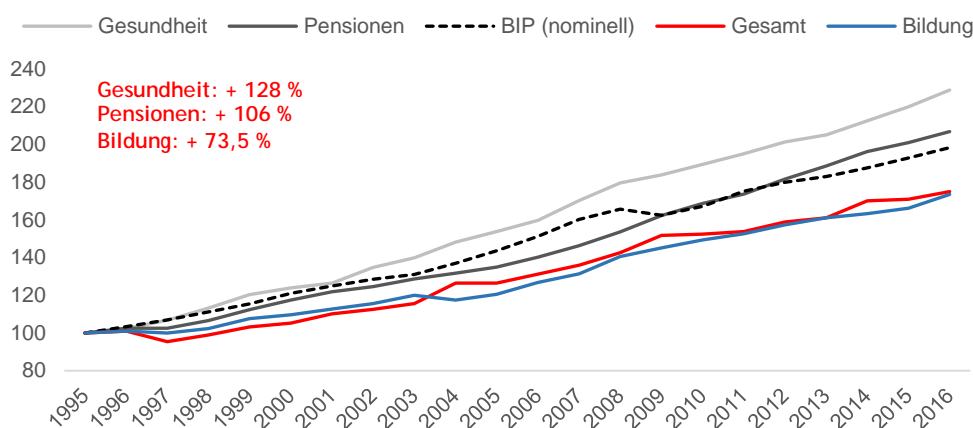
Der am schnellsten wachsende Ausgabenbereich ist das **Gesundheitswesen** – die Ausgaben stiegen seit 1995 um 128 % an, gefolgt von den **Pensionen** mit einem Anstieg von 106 %. Nicht nur, dass diese Posten **stärker gewachsen** sind als das BIP (+ 98 %), sie stellen auch **absolut die größten Ausgabenkategorien** dar. Für die Pensionen wurden 2016 rund 25,7 % der Gesamtausgaben (45,9 Mrd. Euro) aufgewendet, für die Gesundheit 15,7 % (28,1 Mrd. Euro).

2,7 %

beträgt die durchschnittliche Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen seit 1995.

Entwicklung der Staatsausgaben

Ausgewählte Bereiche, Index (1995=100)



Quelle: Statistik Austria, Ameco, Juni 2017, eigene Berechnung und Darstellung

Die größten Ausgabenbereiche sind auch am stärksten gewachsen.

Da seit 1995 das Wachstum der Gesamtausgaben unter jenem des BIP lag, konnte ein **leichter Rückgang der Ausgabenquote** verzeichnet werden. In Prozent des BIP gemessen sind die Ausgaben für Verwaltung, wirtschaftliche Angelegenheiten, Bildung und soziale Sicherung gesunken sowie auch für Umwelt und Wohnen (jene für Freizeit, Sport, Kultur und Religion sind gestiegen). Der leichte prozentuale Rückgang der Sozialausgaben resultiert aus geringeren Ausgaben für Familien und Kinder, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit, Hinterbliebene.

Ausgabenbereiche: Ausgaben des Staates in % des BIP

	Verwaltung	Wirt. Angelegenheiten	Gesundheitswesen	Bildungswesen	Soz. Sicherung	Sonstige
1995	9,77	6,29	6,98	5,74	22,87	6,23
2016	6,58	5,70	8,05	5,02	21,82	3,90
Veränderung in %	-32,67	-9,36	15,40	-12,51	-4,59	-37,42

Sonstige: Verteidigung (0,6 %), Öffentliche Ordnung & Sicherheit (1,4 %), Umweltschutz (0,4 %), Wohnungswesen & kommunale Einrichtungen (0,4 %), Freizeit, Sport, Kultur & Religion (0,9 %)

Quelle: Statistik Austria, Ameco, Juni 2017, eigene Berechnung und Darstellung

Im Fiskalpakt wird die **Ausgabenregel nicht eingehalten.**

Ausgaben begrenzen, Schulden abbauen, Abgaben senken

Mit der Einführung des Österreichischen Fiskalpakts 2017 wird das (reale) Ausgabenwachstum formal mit der Höhe des Wachstums des Potenzialoutputs begrenzt (und reagiert somit auf die Konjunkturlage). Der Fiskalrat (2017) prognostiziert, dass **das Ausgabenwachstum 2017 bis 2021 diese Grenze übersteigen wird**, teils sogar mit erheblichen Abweichungen. Der Anstieg der Ausgaben im Bereich Gesundheit soll bis 2021 mit 3,2 % pro Jahr, im Bereich der Pflege mit 4,6 % begrenzt werden. Insgesamt wird das Wachstum der Ausgaben im Zeitraum 2017 bis 2021 bei 1,2 % bis 2 % liegen, was das Potenzialwachstum von 1,1 % bis 1,3 % teilweise deutlich übersteigt und somit erhebliche Regelverletzung darstellt.

Wenn die Gesamtausgaben des Staates langsamer wachsen als das BIP, dann sinkt per definitionem die Ausgabenquote. Wenn zusätzlich die strukturelle Defizitregel eingehalten und weiterhin ein Primärüberschuss erwirtschaftet werden kann, kann die Verschuldung stabilisiert und reduziert werden.

Ein nachhaltiger Schuldenabbau und ein durch (strukturelle) Reformen verlangsamtes und Fiskalregeln begrenztes Ausgabenwachstum muss schlussendlich auch bei den Steuerzahlern/innen ankommen: Eine **Absenkung der Abgabenquote** von aktuell 43,4 % auf den EU-Schnitt von rund 40 % muss das mittelfristige Ziel sein.

Zuerst müssen die **Ausgaben** sinken, dann können die **Abgaben** gesenkt werden.

FAZIT Die Staatsschulden sind kontinuierlich gestiegen, selbst bei Hochkonjunktur wurden keine Überschüsse erwirtschaftet. Besonders die Ausgaben für Pensionen und Gesundheit drücken auf das Budget, während die Entwicklung ansonsten eine positive Tendenz aufweist. Die nächste Regierung ist gefordert, die großen Ausgabenbereiche strukturell zu reformieren und die Fiskalregeln einzuhalten.

Referenzen

Feld, L.P. und Reuter, W.H. (2017). Wirken Fiskalregeln? Eine Übersicht über neuere empirische Befunde, *Wirtschaftspolitische Blätter* 2017(2), Wirtschaftskammer Österreich, Wien, Juli 2017.

Fiskalrat (2017). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2016-2021. Oesterreichische Nationalbank, Mai 2017

Hauth E. und Maidorn, S. (2017). Operative Stärken und Schwächen des EU-weiten Fiskalregeln, *Wirtschaftspolitische Blätter* 2017(2), Wirtschaftskammer Österreich, Wien, Juli 2017.

Holler J. und Reiss, L. (2017). Das österreichische „Bankenpaket“ und die Staatsfinanzen, *Wirtschaftspolitische Blätter* 2017(2), Wirtschaftskammer Österreich, Wien, Juli 2017.

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche Interessen-
vertretung.

Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider,
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien

Offenlegung: wko.at/offenlegung

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich,
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik,
Leitung: Dr. Christoph Schneider,
Wiedner Hauptstraße 63, 1045
Wien, wko.at/wp, wp@wko.at.

Autorin/Ansprechpartnerin:

Dr. Elisabeth Nindl,
Elisabeth.Nindl@wko.at,
Tel: 05 90 900-4216